

Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP) vom 14. September 2006: Einrichtung von Ganztagesesschulen in der Stadt Bern; Prüfungsbericht zu Punkt 2/Fristverlängerung

Am 10. Mai 2007 hat der Stadtrat Punkt 1 der folgenden Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP) erheblich erklärt; Punkt 2 wandelte die Motionärin in ein Postulat um, welches vom Stadtrat erheblich erklärt wurde:

Die Anstrengungen der Stadt Bern auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Schule als Lebensort sind vielfältig: Die Plätze in den Kindertagesstätten werden laufend erhöht, ein flächendeckendes Netz an Tagesschulen Mitte 2007 in der Stadt Realität – damit ist ein Etappenziel erreicht. Die SP fordert nun die zweite Etappe: Die Einrichtung von Ganztagesesschulen in der Stadt Bern. Die Stadt soll in Sachen Ganztagesesschulen eine Vorreiterrolle übernehmen, denn langfristig verhelfen diese der Stadt zu einem Standortvorteil. In der gemeinderätlichen Bildungsstrategie sind mittelfristig Pilotprojekte vorgesehen. Die SP ist der Ansicht, dass dieses Vorhaben rasch angegangen werden muss und nicht auf die lange Bank geschoben werden darf.

Ganztagesesschulen können von morgens 7.00 Uhr bis abends 18.00 Uhr offen sein. Die Schülerinnen und Schüler verbringen den ganzen Tag in der Schule. Die Teilnahme ist nicht fakultativ. Ob neuer Unterricht, individuelle Förderung, kreative Freizeitgestaltung oder eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Ganztagesesschulen bieten eine Fülle von Vorteilen und bessere Voraussetzungen, um Kinder zu eigenverantwortlich handelnden, kreativen Persönlichkeiten heranwachsen zu lassen.

Ganztagesesschulen heisst Schule neu denken, denn diese bieten weit mehr als neue Öffnungszeiten – sie begünstigen eine Lehr- und Lernkultur, die auf die Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingeht, die Schülerinnen und Schüler zur Selbstständigkeit erzieht und Freude am Lernen und an Leistung vermittelt. Ganztagesesschulen leisten einen wichtigen Beitrag zu Chancengleichheit. Ein umfangreiches Angebot an zusätzlichen Aktivitäten gibt den Kindern die Möglichkeit, ihre besonderen Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten.

Aus diesen Gründen wird der Gemeinderat aufgefordert

1. ein Konzept für die Einführung von Ganztagesesschulen auszuarbeiten
2. die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für ein Pilotprojekt bereitzustellen.

Bern, 14. September 2006

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Liselotte Lüscher, Andreas Zysset, Thomas Göttin, Christof Berger, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Annette Lehmann, Sönmez Hasim, Patrizia Mordini, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Raymond Anliker, Sarah Kämpf

Bericht des Gemeinderats

Punkt 1 der Motion wurde mit SRB 200 vom 10. Mai 2007 als Motion überwiesen und Punkt 2 wurde als Postulat erheblich erklärt.

Nach wie vor ist der Gemeinderat der Meinung, dass Ganztageschulen eine zukunftsweisende Form von Unterricht und schulergänzender Betreuung sind. Im Vergleich zu den heutigen freiwilligen und individuell genutzten Tagesschulen können Ganztageschulen die Integration und die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessern. Der Gemeinderat ist deshalb auch gewillt, das in der Motion verlangte Konzept für einen Pilotversuch so schnell wie möglich an die Hand zu nehmen. Folgende Gründe haben eine Verzögerung verursacht:

Zum einen sind die Schulen zur jetzigen Zeit mit verschiedenen grösseren Reformprojekten beschäftigt. Auf städtischer Ebene galt es in den letzten zwei Jahren das neue Schulreglement umzusetzen und die neuen Strukturen mit sechs Schulkreisen einzuführen.

Auf kantonaler Ebene wurde 2007 der revidierte Integrationsartikel (Artikel 17 Volksschulgesetz) in Kraft gesetzt. Das hat zur Folge, dass alle Gemeinden eigene Integrationskonzepte erarbeiten müssen. In der Stadt Bern läuft seit Mai 2007 das Projekt Integration Volksschule. Schülerinnen und Schüler sollen, wenn immer möglich und sinnvoll in die Regelklassen integriert werden. Damit wird die Zahl der Kleinklassen reduziert. Diese wichtige Reform, welche nur durch sorgfältig geführte Schulentwicklungsprozesse in den Schulkreisen erfolgreich durchgeführt werden kann, bindet Ressourcen.

Ein weiterer laufender Schulentwicklungsprozess betrifft die Einführung des neuen Informatik-Lehrplans auf der Primarstufe und die Ausrüstung der städtischen Schulen mit der neuen Informatik-Infrastruktur.

Diese drei Reformvorhaben haben im Moment Priorität. Sie bedingen eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den pädagogischen Anliegen und entsprechende Weiterbildungen der Lehrpersonen.

Zudem hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport das Projekt Ganztageschule zurückgestellt, solange auf kantonaler Ebene die Auseinandersetzung um die Volksinitiative für familienfreundliche Tagesschulen und die daraus resultierende Teilrevision des Volksschulgesetzes in Gang war. Hier besteht nun Klarheit. Die Tagesschulen sind im Volksschulgesetz integriert, allerdings als freiwillige Angebote, die je nach Bedarf mehr oder weniger genutzt werden können. Schliesslich haben auch die angespannte finanzielle Situation und der Budgetprozess 2008 mit einem weiteren Sparpaket das Projekt verzögert, da die Einrichtung einer Ganztageschule - wie schon in der Motionsantwort ausgeführt - erhebliche finanzielle Konsequenzen nach sich zieht.

Da die Erarbeitung eines Konzepts (Punkt 1 der Motion) und die Prüfung der finanziellen Auswirkungen (Punkt 2) inhaltlich von einander abhängen, kann die Frist für die Prüfung von Punkt 2 der Motion in Form eines Postulats nicht eingehalten werden.

Fristverlängerung für den Prüfungsbericht

Punkt 2 der Motion wurde in der Form eines Postulats überwiesen. Folglich müsste der Gemeinderat im Mai 2008 dem Stadtrat einen Prüfungsbericht zu den Kostenfolgen eines Pilotprojekts vorlegen. Die Klärung dieser Fragen ist von der Konzeptarbeit abhängig. Da diese bis jetzt aus den oben erwähnten Gründen nicht an die Hand genommen wurde, ist auch die

Schätzung der notwendigen finanziellen Ressourcen nicht möglich. Aus diesem Grund wird eine Fristverlängerung für die Abgabe des Prüfungsberichts beantragt.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP) vom 14. September 2006: Einrichtung von Ganztages-schulen in der Stadt Bern; Prüfungsbericht zu Punkt 2/Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung für die Abgabe des Prüfungsberichts zu Punkt 2 bis August 2010 zu.

Bern, 28. Mai 2008

Der Gemeinderat